

**Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung  
gemäß § 46 Abs. 1 GO LT**

Abgeordnete Detlev Schulz-Hendel und Christian Meyer (GRÜNE)

**„Breitband-Zoff“ zwischen Land und Kommunen - Warum verzichtet Niedersachsen auf EU-Mittel beim Breitbandausbau?**

Anfrage der Abgeordneten Detlev Schulz-Hendel und Christian Meyer (GRÜNE) an die Landesregierung, eingegangen am 08.07.2019

Am 25. Juni 2019 hat das Wirtschaftsministerium (MW) in einer Pressemitteilung damit geworben, künftig den „Giganetz ausbau in Niedersachsen jetzt aus einem Guss“ anbieten zu wollen. Nur noch ein Ministerium soll für die Breitbandfinanzierung zuständig sein. Damit verzichtet das Land auf die bisherigen 50 Millionen Euro Fördermittel aus dem Europäischen Förderprogramm für den ländlichen Raum (ELER) und der Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz (GAK) für den Breitbandausbau in den Landkreisen. Hier bekam bislang jeder Landkreis vom Landwirtschaftsministerium (ML) einen Zuschuss von maximal 2 Millionen Euro für das Schließen von Wirtschaftlichkeitslücken. Die rot-grüne Landesregierung hatte 2014 erstmals Breitbandfördermittel aus der 2. Säule der EU-Agrarförderung bereitgestellt. Da das Land die Änderung des laufenden EU-Programms für den ländlichen Raum (PFEIL) noch nicht von der EU-Kommission genehmigt bekommen hat, droht ein Verlust der für den Breitbandausbau vorgesehenen Fördermittel.

Mit der neuen Förderrichtlinie des MW soll ein Landeszuschuss von bis zu 25 % zu den zuwendungsfähigen Ausgaben gewährt werden. Vorher waren es 40 %. Die Anträge würden künftig ausschließlich vom MW abgewickelt. Die Richtlinie sorgte, wie u. a. die *Hildesheimer Allgemeine Zeitung (HiAZ)* bereits am 21. Juni 2019 und auch am 26. Juni 2019 berichtete, dafür, dass der Landkreis Hildesheim seine Bürgermeisterinnen und Bürgermeister in einem Brief darüber informiert haben soll, dass das Land den Ausbau nun mit weniger Geld fördern wolle, als bislang angenommen wurde - bisher sei der Landkreis von einer festen Quote von 25 % ausgegangen. Andere Bundesländer förderten den Breitbandausbau sogar bis zu 40 %. Tatsächlich sieht Niedersachsen in seiner Richtlinie jetzt eine Staffelung von Festbeträgen pro Anschluss vor. Nur theoretisch könnten 25 % erreicht werden. Faktisch bedeute dies für den Landkreis Hildesheim eine Durchschnittsförderquote von 10 %. Damit müssten die Kommunen entsprechend mehr bezahlen. So war z. B. Bad Salzdetfurth bislang von 195 000 Euro Anteil für den Breitbandausbau ausgegangen, müsste gemäß der Richtlinie nun aber 310 000 Euro zahlen. Staatssekretär Stefan Muhle warf dem Landkreis daraufhin „unkooperatives Verhalten“ und „Bockigkeit“ vor. (*HiAZ* vom 26. Juni 2019). Landrat Olaf Levenen will sich nun laut Zeitung bei Wirtschaftsminister Bernd Althusmann (CDU) „massiv“ über Staatssekretär Stefan Muhle beschweren. Angeblich hatte Staatssekretär Muhle dem Kreis mangelndes Engagement beim Ausbau der Breitbandversorgung vorgeworfen und ihn als „Problem-Landkreis“ bezeichnet. Beide Seiten werfen sich gegenseitig „Unverschämtheit“ vor (*HiAZ* vom 26. Juni 2019). Laut *HiAZ* vom 7. Juli 2019 bedauerte Wirtschaftsminister Althusmann die Wortwahl seines Staatssekretärs.

1. Von wann bis wann hat die Landesregierung die Richtlinie zur Kofinanzierung der Bundesförderung für den Breitbandausbau in Niedersachsen entwickelt, abgestimmt und fertiggestellt bzw. beschlossen?
2. Wann wurde die Richtlinie bei der EU notifiziert?
3. Wann hat die Landesregierung den Verzicht auf die Breitbandfördermittel des ELER-Programms beschlossen?
4. Wann wurde ein dementsprechender ELER-Änderungsantrag an die EU-Kommission versandt und genehmigt?

5. Welche Landkreise haben seit 2014 Fördermittel des ML in welcher Höhe aus dem ELER-Programm erhalten (bitte einzeln mit Summe aufschlüsseln)?
6. Wie viele Restmittel sind im ELER-Programm noch für die Maßnahme Breitbandförderung vorhanden?
7. In welche anderen Maßnahmen des ELER-Programms Niedersachsen/Bremen sollen die restlichen EU-Mittel umverteilt werden?
8. Drohen Mittel zu verfallen, falls die Änderung des ELER-Programms PFEIL nicht von der EU genehmigt wird?
9. Wie viele Anträge nach der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Breitbandversorgung ländlicher Räume (VORIS 78350) sind noch nicht bewilligt?
10. Welche Landkreise bekommen durch die Entscheidung der Landesregierung, keine Breitbandförderung mehr über die Ämter für regionale Landesentwicklung abzuwickeln, keine Zuschüsse?
11. Welche Schwierigkeiten und welche Folgen bezüglich der EU-Fördergelder für den Breitbandausbau haben sich daraus ergeben, dass die MW-Richtlinie erst im Juni fertiggestellt und beschlossen war?
12. Aus welchen Gründen weicht die Landesregierung von der in anderen Bundesländern üblichen Förderquote von 40 % ab?
13. Wie bewertet die Landesregierung den Vorwurf des Landkreises Hildesheim, wonach bislang von einer festen Förderquote von 25 % ausgegangen worden war, nun aber das System der Staffelung dazu führe, dass der Kreis eine Durchschnittsförderquote von 10 % erhalte?
14. Hält die Landesregierung die Bezeichnung des Landkreises Hildesheim als „Problem-Landkreis“ durch Staatssekretär Muhle für begründet?
15. Wird die Landesregierung auf ihren Staatssekretär einwirken, gegenüber Kritik aus Landkreisen offener zu sein?
16. In welcher Weise sollen die bisherigen Schwierigkeiten, die Landesförderung für den Breitbandausbau mit der Bundesförderung zu kombinieren, erkannt und abgestellt werden?
17. Sollen auch in der nächsten EU-Förderperiode wieder Fördermittel für den Breitbandausbau des ländlichen Raums aus der 2. Säule der Agrarförderung bereitgestellt werden? Wenn nein, warum nicht?

(Verteilt am 18.07.2019)